

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die vertagte Kriegsunschuldklärung. Erster Erfolg der Bürgerblockdiplomatie.

Wolffs Bureau teilt mit: Zu den widersprechenden Meldungen über die Notifizierung der Erklärung der Reichsregierung in der Kriegsschuldfrage erfahren wir folgendes:

In der Kundgebung vom 29. August d. J. ist angekündigt worden, daß die Reichsregierung Anlaß nehmen werde, die Erklärung in der Kriegsschuldfrage den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen. Da es sowohl aus technischen wie aus diplomatischen Gründen nicht möglich war, diese Notifizierung gleichzeitig mit der Abgabe der Erklärung vorzunehmen, mußte der hierfür geeignete Zeitpunkt zunächst noch vorbehalten bleiben. In der Zwischenzeit sind an die Reichsregierung eine Reihe von Wünschen und Anregungen, insbesondere aus wirtschaftlichen Kreisen, hinsichtlich Form und Zeit der Übermittlung herangetragen worden. Das Reichskabinett wird Anfang der nächsten Woche nach Rückkehr des Reichskanzlers und des Außenministers zu einer Sitzung zusammengetreten, um sich über Form und Zeitpunkt der Notifizierung schlüssig zu werden.

Borgetan und nachbedacht
hat manchem schon bitteres Leid gebracht.

Deutschland hat schon gefährlichere und unheilvollere Augenblicke erlebt als den gegenwärtigen. Einen lächerlicheren und erbärmlicheren noch niemals.

Wie ein Schuljunge vor der Klasse, der sein Gedicht auflesen soll, so steht die deutsche Regierung vor der Welt mit ihrer Erklärung zur Kriegsschuldfrage in der Tasche und drückt. Die Zeit aber steht und fragt: „Wird sie oder wird sie nicht?“

Unwürdiger Zustand! Lächerliche Komödie!
Was hat die deutsche Regierung, wenn sie „notifiziert“, den fremden Regierungen mitzuteilen? Welches schauerliche Geheimnis birgt die diplomatische Aktentafel, von der man nicht weiß, ob sie sich öffnen wird oder nicht?

Nun, dieses schauerliche Geheimnis ist das Geheimnis des Politinell. Am 30. August hats im „Vorwärts“ gestanden und wie im „Vorwärts“ auch in allen übrigen Zeitungen der Welt. Um den deutschnationalen Fasagern einen innerpolitischen Erfolg zu gewähren, mit dem sie glauben, ihren Umfall vor den Wählern rechtfertigen zu können, hat die Regierung eine öffentliche Kundgebung erlassen, in der es zum Schluß heißt:

Die Reichsregierung kann und will über diesen bedeutenden Augenblick, in dem sie in Durchführung des Versailler Vertrages schwere Verpflichtungen auf sich nimmt, nicht vorübergehen lassen, ohne in der Kriegsschuldfrage, die seit 1919 mit schwerem Druck auf der Seele des deutschen Volkes lastet, klar und unzweideutig ihren Standpunkt darzulegen. Die uns durch den Versailler Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Feststellung, daß Deutschland den Weltkrieg durch seinen Angriff entfesselt habe, widerspricht den Tatsachen der Geschichte. Die Reichsregierung erklärt daher, daß sie diese Festlegung nicht anerkennt. Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Volkes, von der Bürde dieser falschen Anklage befreit zu werden. Solange das nicht geschehen ist, und solange ein Mitglied der Völkergemeinschaft zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird, kann die wahre Verständigung und Verständigung zwischen den Völkern nicht vollendet werden. Die Reichsregierung wird Anlaß nehmen, diese Erklärung den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen.

Da die fremden Regierungen Zeitungen lesen, haben sie bereits Kenntnis genommen. Aber diese inoffizielle Kenntnisnahme genügt nicht. Offiziell haben sie noch keine Ahnung. Darum müssen die Botschafter und Gesandten Deutschlands zu den respektiven Ministern des Auswärtigen fahren und ihnen das Schriftstück unter die Nase halten. Dann erst ist es offiziell.

Die auswärtigen Regierungen haben die deutsche Regierung mit dringender Deutlichkeit ersucht, diesen Schritt zu unterlassen. Sie wollen nicht in die Lage kommen, Antworten erteilen zu müssen, in denen sie auf die Volksstimmen ihrer Länder Rücksicht zu nehmen gezwungen sind.

Sie haben durchaus keine Lust, in eine Erörterung der Frage einzutreten, wer im Jahre 1914 angefangen hat. Wenn man sie aber dazu zwingt, werden ihre Antworten nicht ganz so ausfallen, wie es der deutschen Regierung gefällt.

In Versailles ist die Schuldfrage von einem kompetenten Forum beantwortet worden. Nicht der handelnde Politiker hat zu entscheiden, sondern die unparteiische Geschichtsforschung. Die Staatsmänner von 1924 sind für die Lösung des Problems nicht kompetenter als die von 1919. Was sollen sie tun? Sollen sie Widerruf und Abbitte leisten? Das würde ihnen vielleicht schlecht bekommen, es entspricht vielleicht auch nicht ganz ihren eigenen Überzeugungen, vielleicht auch nicht ganz den Resultaten einer objektiven Forschung.

Die Regierungen des Auslandes wünschen nicht, die Geister vom August 1914 aus den Gräbern zu rufen. Sie warnen die deutsche Regierung vor einem Schritt, der zu nichts anderem führen kann als dazu, daß Deutschland in die moralische Isolierung der Kriegszeit zurückgeworfen wird.

Was soll nun die deutsche Regierung tun? Sie soll einsehen, daß sie sich von den Deutschnationalen auf den Weg zu einer Eselei bringen ließ und soll nicht darauf bestehen, ihn zu Ende zu gehen. Sie soll den diplomatischen Klimbim mit der feierlichen Ueberreichung eines Schriftstücks, das man sowieso schon kennt, unterlassen.

Hätte sie den Anfängen gewehrt, so hätte sie sich eine peinliche Situation erspart.

Wenn irgend möglich: Reden wir nicht mehr davon!

Dieses eine aber muß doch noch gesagt werden. Die Situation, in der wir stehen, ist das erste groteske Ergebnis der Bürgerblockdiplomatie. Kaum fangen die Deutschnationalen an, den Kurs des deutschen Reichswagens zu bestimmen, so steuert er schon wieder im Dreck.

Und kann es anders sein? Was für unfähige Hanswürste die Deutschnationalen sind, haben sie in ihrem „Kampf gegen die Verfallungsgeister“ gezeigt, den Ruhm, mit dem sie sich dabei bekleckert haben, wäscht ihnen kein Regen mehr ab.

Wenn man dieser bössartigen Dummheit wieder den Platz auf dem Ausschuß gibt, so wird man bald merken, wohin die Reise geht.

Es ist genug! Löst den Reichstag auf! Schafft die Grundlagen für eine Regierung, die Deutschland nicht zu blamieren braucht, weil die Blamierten es ihr befehlen!

Zur Vorgeschichte.

Ein Schreiben von Marx an Herriot und Macdonald.
V. Sch. Genf, 7. September. (Eig. Drahtbr.) Nachdem die Nachrichten aus Deutschland beweisen, daß die Offenheit über die Umstände, unter denen der deutsche Kriegsunschuldstand zustande gekommen ist, nicht unterrichtet ist, erscheint es notwendig, etwas Licht in die höchst blamable Angelegenheit zu bringen. Das ist um so nötiger, als hier die Dinge immer weitere Kreise ziehen.

Am Freitagabend wurde Herriot und Macdonald je ein persönliches Schreiben des Reichskanzlers Marx übergeben. In diesen Briefen entschuldigt sich Marx, daß er die Kriegsschuldfrage auf der Londoner Konferenz nicht angeschnitten habe, und daß er es jetzt tun müsse. Man solle seine Absichten nicht mißverstehen. Deutschland wolle sich seinen Reparationsverpflichtungen keineswegs entziehen, aber das deutsche Volk betrachte sich als unschuldig am Kriege und er, der Kanzler, fühle sich moralisch verpflichtet, diesen Gefühlen Ausdruck zu verleihen, indem er in den aller nächsten Tagen eine solche Erklärung den alliierten Regierungen offiziell notifizieren werde.

So der ungefähre Inhalt der zwölf Seiten langen Briefe. Das gestrige WTB-Dementi, wonach Dr. Marx keinen Brief an Herriot in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund geschickt habe, ist zwar formell richtig, verschweigt aber die Tatsache, daß er an ihn einen Brief in der Kriegsschuldfrage gerichtet hat. Dieses unaufrichtige Dementi hat gerade noch gefehlt, um den katastrophalen Eindruck zu steigern, den die Ankündigung der Ueberreichung einer Kriegsschuldnote hier gemacht hat. Nur diejenigen in Genf, die Deutschland feindselig gesinnt sind, z. B. Pershing und Konforti, oder die Deutschland im Völkerbund ungenügen sahen, z. B. die Polen, freuen sich über den Liebesdienst, den ihnen Deutschland unerhofft geleistet hat. Die aufrichtigen Freunde Deutschlands in der Welt sind über diese bedenkliche Dummheit ehrlich entsetzt.

Dabei ist man sich gerade in den führenden französischen Kreisen durchaus dessen bewußt, daß Marx diesen Brief wider bessere Einsicht geschrieben hat. Es wird behauptet, sogar Staatssekretär v. Matzahn, der sonst in Völkerbundsreisen nicht gerade als sehr einsichtig gilt, habe dringend davor gewarnt, die Schuldklärung zu notifizieren, daß er aber dazu den formellen Befehl von Stresemann erhalten habe; dieser hätte sich den Deutschnationalen bei dem letzten Aushandeln vor der Reichstagsabstimmung gegenüber dazu verpflichtet, sonst müßte er zurücktreten.

Das ist es gerade, was die Empörung gegen Deutschland besonders erregt: auf Geheiß der Deutschnationalen, also der Verfechter des alten Regimes, will Deutschland diesen Schritt unternehmen! Man betrachtet das hier allgemein als einen Vorschmack der Außenpolitik des kommenden Bürgerblocks, und die Wirkung ist auch danach: die ganze Welt schließt sich wieder gegen Deutschland zusammen!

Verwirrung und Verlegenheit.

Näheres über den Inhalt des Reichskanzlerbriefes teilt der Genfer Berichterstatter des „Petit Journal“ mit. Danach hätte Marx „in verwirrten, aber höchsten Ausdrücken“ zu erkennen gegeben, daß er das Versprechen zur Veröffentlichung der Proklamation nur deshalb gegeben habe, um die Zustimmung der Deutschnationalen zu der Dawes-Gesetz zu erhalten. Der Reichskanzler habe hinzugefügt, daß die Proklamation die Haltung der Reichsregierung in keiner Weise ändere. Der Berichterstatter schreibt weiter, daß nicht allein Macdonald und Herriot über den neuen Beweis der psychologischen Unfähigkeit Deutschlands erstaunt gewesen seien. Der gute Wille des Reichskanzlers sei nicht zweifelhaft, aber was solle man von einer Regierung denken, die eine

derartige Verpflichtung übernimmt und die schwach genug ist, sich vor ihren Gegnern einen Schritt vorwärtstreiben zu lassen, der ihrem eigenen Programm widerspreche. Sowohl Macdonald wie Herriot und Theunis hätten ihre Gesandten in Berlin angewiesen, die Reichsregierung vor der schweren Verantwortung zu warnen, die mit einem derartigen Schritt verknüpft sei.

Außerordentlich bezeichnend ist es, daß die Pariser nationalistiche Presse den neuen deutschen Schuldbrief mit Jubel begrüßt. So spottet das „Echo de Paris“ über die Anstrengungen, die man in Genf gemacht habe, um den Reichskanzler Marx von der Veröffentlichung der angekündigten Proklamation abzubringen. Man sehe nicht recht ein, schreibt das Pariser Heftblatt, warum der französischen Regierung soviel daran gelegen sei, daß Deutschland sein wahres Gesicht verdecke. Es sei bei weitem vorzuziehen, wenn das Deutsche Reich seine wahren Absichten an den Tag lege. Im Gegensatz zu diesen Hehversuchen, die am besten klarlegen, wen durch die deutschnationalen Entgeislungen der Reichsregierung gedient wird, versucht die linksstehende Pariser Presse die deutsche öffentliche Meinung vor einer solchen Politik eindringlich zu warnen. So schreibt die der Regierung nahestehende „Ere nouvelle“:

Wenn Deutschland die Nichtverantwortlichkeit am Kriege proklamieren würde, so würde es dabei der jungen Demokratie, die aus der Niederlage des Militarismus entstanden sei, den Todesstoß verfehlen. Die Demokraten Frankreichs seien bis jetzt bereit gewesen, Deutschland die Tore des Tempels zu öffnen, in dem die freien Völker berieten. Wenn die deutsche Regierung auf ihrem Vorhaben bestände, so werde die deutsche Demokratie den bis jetzt gewonnenen Boden wieder verlieren. Die Proklamation über die Kriegsschuld würde im übrigen die große Mehrheit des deutschen Volkes nicht befriedigen. Sie sei lediglich dazu bestimmt, eine bestimmte Fraktion des Reichstages zu befriedigen. Es sei zu hoffen, daß die Deutschen mit gesundem Menschenverstand sich gegen einen Beschluß auflehnen würden, der weiter nichts bedeute, als ein Trinkgeld für die nationalistische Partei, die aber tatsächlich ohnmächtig und moralisch diskreditiert sei. Wenn Deutschland diese Warnung nicht verstehen würde, so würde es sein Schicksal in Gefahr bringen und alle diejenigen entmutigen, die ihm einen ernsthaften Platz im europäischen Konzert einräumen wollten.

Deutschland bleibt bei seiner Unterschrift.

Eine Mitteilung der Reichsregierung.

Paris, 8. September. (WTB.) Wie „Petit Parisien“ mitteilt, wußte man gestern abend am Quai d'Orsay noch nicht, ob die deutsche Regierung die angekündigte Erklärung über die Kriegsschuldfrage notifizieren werde oder nicht. Das Blatt erfährt aber von autorisierter Seite, die Berliner Regierung habe mitteilen lassen, daß sie, wenn sie erkläre, daß Deutschland nicht für den Krieg verantwortlich gemacht werden könne, in keiner Weise die ihr nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages auferlegten Verpflichtungen, die Reparationen und Schäden zu bezahlen, ablehnen wolle, und daß sie insbesondere ihre Unterschrift unter die Londoner Abmachungen nicht desavouieren wolle.

Der Völkerbund und Deutschland.

Rede Dr. Breitscheldts in Genf.

Genf, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Vor der interparlamentarischen Studentenkonzferenz hielt Genosse Dr. Breitscheldt am Sonntag abend eine politische Rede über „Deutschland und der Völkerbund“. Er bezeichnete den Krieg als den Wegbereiter für die Völkerbunds-idee, da allein die internationale Verständigung ein europäisches Chaos verhüten kann. Es ist ein weiter Weg von der Haager Konferenz bis zu dem Oktober 1918, als Prinz Max von Baden als Reichskanzler den Völkerbundgedanken anerkannte. Die bisherige teilweise Ablehnung des Völkerbundes in Deutschland ist begründet durch die Verbindung mit dem Versailler Vertrag, der den Völkerbund als eine von den Friedensbedingungen schuf. Deutschland wurde damals nicht aufgenommen. Die Entschaffung des Völkerbundes über Eupen-Malmedy und Oberschlesien mögen zwar formell richtig sein, aber sie verstoßen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Deshalb besteht die Auffassung, daß der Völkerbund ein Instrument der Siegerstaaten, aber kein demokratisches Institut sei. In weiten Arbeitertreihen Deutschlands bestand damals der Glaube an die bevorstehende Weltrevolution und deshalb eine gewisse Reserve gegenüber dem Völkerbund. Heute ist ein entschiedener Wandel zu verzeichnen. Eine große Mehrheit des deutschen Volkes wünscht heute den Eintritt in den Völkerbund. Auch die deutsche Regierung ist damit einverstanden. Innerhalb der deutschen Demokratie ist die Sozialdemokratie die Trägerin des Gedankens der internationalen Verständigung. Eine Veränderung bestehender Grenzen und Verträge durch Gewalt ist unmöglich, obwohl die Festsetzung der Obergrenzen des Selbstbestimmungsrecht verfehlt. Die deutsch-französische Verständigung ist ein europäisches Problem. Es ist keine andere Möglichkeit für den Frieden Europas zu sehen, als die Annäherung beider Völker. Die Aufstellung der Schuldfrage ist bedauerlich, da sie nur Unruhe stiftet, eine grundsätzliche Klärung der Kriegsschuldfrage aber nur durch die Geschichte möglich ist. Dazu ist Voraussetzung die Öffnung aller

